

STANDPUNKTE

Argumente und Informationen der bayerischen Diakonie

Vierzig Jahre Evangelische Arbeitsgemeinschaft

„Alleinerziehende verdienen Hochachtung“

„Für allein erzogene Kinder sind Ihre ja ganz nett“ – diese Aussage einer Lehrerin beschreibt treffend die Situation Alleinerziehender vor 40 Jahren. „Alleinerziehende erfuhren Ausgrenzung statt Unterstützung. Ein uneheliches Kind war vielerorts eine Schande“, so Michael Bammessel, Präsident der Diakonie Bayern anlässlich des Jubiläums, das am 6. Oktober in Nürnberg gefeiert wird. Diakonie und Kirche reagierten darauf mit der Gründung der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für alleinerziehende Mütter und Väter“. Angesichts der Situation vieler Alleinerziehender sei das Engagement für sie heute ebenso wichtig wie vor 40 Jahren. „Über 35 Prozent aller Alleinerziehenden in Bayern gelten als armutsgefährdet, das ist erschreckend.“



Auch wenn die Zahl der Ehescheidungen im vergangenen Jahr leicht gesunken ist – von den über 160.000 geschiedenen Ehen im Jahr 2016 war über die Hälfte eine Ehe mit minderjährigen Kindern. Es sei, so Bammessel, mittlerweile zwar keine Schande mehr, sich zu trennen oder scheiden zu lassen: „Das Motto der Arbeitsgemeinschaft, ‚Familie lebt in vielen Formen‘ spiegelt darum auch eine veränderte gesellschaftliche Realität wider.“ Die Verbesserung der Situation Alleinerziehender bleibe dennoch eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft: So stelle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viele Alleinerziehende immer noch vor große Herausforderungen. „Es fehlen nicht nur Betreuungsplätze für unter Dreijährige, sondern auch Betreuungsplätze für Schulkinder.“ Besonders

problematisch sei dies für Alleinerziehende, die in Früh- oder Spätdiensten oder im Schichtdienst arbeiten.

Die finanzielle Situation vieler Alleinerziehender wird zudem dadurch erschwert, dass sie nach der Trennung Schulden haben, die beglichen werden müssen. Bammessel: „Über zehn Prozent der Klienten/-innen in den deutschen Schuldnerberatungsstellen sind Alleinerziehende.“ Auch die Suche nach angemessenem und bezahlbarem Wohnraum werde angesichts eines angespannten Wohnungsmarktes zunehmend zum Problem für die Betroffenen: „Die Regierungen müssen die Förderung des sozialen Wohnungsbaus noch entschiedener aufstocken als bisher“, so der Diakoniepräsident.

Außerdem tritt Bammessel für eine größere Anerkennung Alleinerziehender ein: „Es ist bewundernswert, was viele Mütter und auch Väter in dieser Situation leisten. Die heutigen Ansprüche an Erziehung, Lebensgestaltung und berufliche Leistung sind schon für Eltern in klassischen Familien oft schwer zu erfüllen. Es verdient Hochachtung, wie Alleinerziehende trotz schwierigster Umstände diese Aufgaben bewältigen.“

In der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für alleinerziehende Mütter und Väter haben sich 40 Träger aus Diakonie und Kirche zusammengeschlossen. Dazu gehören Träger von Beratungsstellen der Kirchlich Allgemeinen Sozialarbeit (KASA), Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten sowie Erwachsenenbildungswerke. Die Arbeit ist zudem geprägt durch ein hohes ehrenamtliches Engagement.



Liebe Leserin, lieber Leser,

in der Regel erreichen wir mit unseren tweets, also den Nachrichten der Diakonie Bayern auf Twitter, zwischen 300 und 1000 Personen (zu finden sind wir unter @DiakonieBayern). Im Oktober aber hat sich die Reichweite mit einem Schlag nahezu verzehnfacht. Anlässlich der „Konferenz Diakonie und Entwicklung“ haben wir uns zum Familiennachzug geäußert – und gefordert, dass die Aussetzung beendet wird. Aus der Beratungsarbeit wissen wir, wie groß die Verzweiflung in vielen Familien ist, die durch die Flucht getrennt sind. Viele unserer Follower markierten die Nachricht mit einem zustimmenden Herzchen oder leiteten sie weiter. Gleichzeitig schlug uns aber auch massive Ablehnung entgegen – in einer Form und in einem Tonfall, die mir gezeigt haben, wieviel Angst mit diesem Thema verbunden ist, und das, obwohl die Zahl der Menschen, die über den Familiennachzug nach Deutschland kommen, mittlerweile deutlich nach unten korrigiert wurde. Das Ergebnis der Bundestagswahl hat viele von uns erschreckt. Die etablierten Parteien reagierten zum Teil mit der Ankündigung einer deutlichen Verschärfung der Flüchtlingspolitik. Aber kann die Antwort der Politik wirklich nur die sein, die Ängste der Menschen zu verstärken? Wäre es nicht vielmehr im Sinne des sozialen Friedens, auf das Erreichte stolz zu sein, deutlicher zu machen, dass Migration selbstverständlich zur heutigen Welt gehört und die Integration der Zugewanderten konsequent zu fördern? Für die Integration ist es jedenfalls sehr hilfreich, wenn eine Familie vereint und in Sicherheit leben kann.





Michael Bammessel
Präsident der Diakonie Bayern

Stichtag 1. September: Der Anfang vom Ende der Integration junger Geflüchteter!?

Zahlreiche Flüchtlinge, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, werden von der Diakonie in unterschiedlichen Einrichtungen und Formen betreut. Unter ihnen befinden sich viele äußerst engagierte Jugendliche, die auch nach dem Wunsch der Bundesregierung schnell in den Ausbildungsmarkt und damit in die Gesellschaft integriert werden sollen. Ausgenommen davon sind seit einigen Monaten Menschen mit einer sogenannten schlechten Bleibeperspektive, wie z. B. Afghanen, Äthiopier und Pakistani. Eine Anordnung des bayerischen Innenministeriums verschärfte die Praxis der kommunalen und zentralen Ausländerbehörden bei der Genehmigung von Ausbildungen. Allerdings: Junge Menschen, die innerhalb kürzester Zeit großartige Integrationsleistungen zeigen, werden dadurch scharf ausgebremst. Diese Situation stellt für sie und den professionellen und ehrenamtlichen Unterstützerkreis eine große Herausforderung und Belastung dar. In einer gemeinsamen Petition fordert die „Initiative für Ausbildungserlaubnisse“ Politik und verantwortliche Behörden auf, den gegebenen Ermessensspielraum bei der Vergabe der Ausbildungserlaubnisse und Ausbildungsduldungen zugunsten der Geflüchteten zu nutzen und Ausbildungen zu genehmigen. Getragen wird die Petition unter anderem von der Diakonie Bayern, dem Evangelischen Erziehungsverband (EEV), verschiedenen Trägern der Diakonie sowie anderer Wohlfahrtsverbände.

„ Junge Geflüchtete, ausgestattet mit erfolgreichen Schulabschlüssen und Ausbildungsverträgen, treffen auf eine große Anzahl offener Lehrstellen in Mittelfranken! Den jungen Geflüchteten wird die Integration in die deutsche Gesellschaft massiv erschwert. In vielen Fällen verweigern die Ausländerbehörden in Mittelfranken die ersehnte Ausbildung. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Jugendlichen in relativ kurzer Zeit große Anstrengungen unternommen.

Als Begründung für die Ablehnungen wird durch die kommunalen und zentralen Ausländerbehörden häufig die fehlende Identitätsklärung der jungen Menschen angeführt. Juristen bewerten diese Praxis als teilweise rechtswidrig. Viele Herkunftsländer der Jugendlichen stellen keine Identitätspapiere aus und wenn, dann sind diese nicht rechtzeitig zu beschaffen. Warum werden Ausbildungserlaubnisse in anderen Bundesländern genehmigt? Warum kann ein junger Geflüchteter mit gleichem Aufenthaltsstatus in anderen Teilen Bayerns/Deutschlands arbeiten und in Nürnberg nicht? Warum werden Anweisungen des bayrischen Innenministeriums regional unterschiedlich umgesetzt?

Dies betrifft z. B. Shaban (Name geändert), 18 Jahre, aus Afghanistan. Shaban hat in zwei Jahren einen Mittelschulabschluss erworben und zahlreiche Praktika mit Erfolg absolviert. Er spricht hervorragend Deutsch, ist geschätztes Mitglied in einem Sportverein und engagiert sich ehrenamtlich beim Bayerischen Roten Kreuz. Shaban hat einen Ausbildungsplatz als Bäcker gefunden, ein Beruf, bei dem der für die nächsten Jahre prognostizierte sich verschärfende Fachkräftemangel bereits deutlich spürbar ist. Die Zentrale Ausländerbehörde Mittelfranken hat ihm die Aufnahme der Ausbildungserlaubnis untersagt. Begründung hierfür ist der fehlende Identitätsnachweis sowie die angeblich schlechte Bleibeperspektive.

Die Folgen dieser ablehnenden Bescheide sind vielfältig und schwerwiegend. Dass gesellschaftliche Ausgrenzung – und dazu gehört die Nichtteilnahme am Berufs- und Arbeitsleben – nicht nur zu erheblichen persönlichen Belastungen führen kann, ist bekannt.

In den letzten zwei Jahren wurden Bildungsangebote geschaffen und junge, unbegleitete Flüchtlinge in Jugendhilfeeinrichtungen auf ein gesundes und stabiles Lebensfundament gestellt. Es wurden seitens der öffentlichen Hand und privater Initiativen massive Inve-

stitutionen und Anstrengungen getätigt und sehr viele (Steuer-)Gelder ausgegeben. Ziel dieser Ausgaben sollte u. a. eine Vermittlung in Ausbildung sein. Allerdings werden, wenn die jetzige Ablehnungspraxis weitergeführt wird, weitere Kosten produziert, da die jungen Menschen dann Sozialleistungen beziehen müssen, anstatt selbst in die Sozialkassen einzahlen zu können.

Viele gerade mittelständische Unternehmen haben jungen Geflüchteten Praktika ermöglicht und Auszubildende gefunden, die sie jetzt einstellen möchten. Sie haben den Ankündigungen der Politik geglaubt, dass „Integrationsgesetz“ auch wirklich „Integration“ bedeutet. Die Handwerkskammer für Mittelfranken sieht in vielen Berufen, z. B. des Nahrungsmittelhandwerks, eine Chance für junge Geflüchtete bei gleichzeitig hohem Bedarf der Betriebe, zukünftige Fachkräfte auszubilden.

Ähnlich argumentiert die IHK Nürnberg für Mittelfranken, die vor allem Branchen wie das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie den Handel und Lagerbereich im Fokus sieht.

Forderungen:

- Wir wollen nicht, dass die vielerorts hervorragend durchgeführte Integrationsarbeit der letzten Jahre ad absurdum geführt wird.
- Wir fordern für junge Menschen eine Zukunft in Würde.
- Wir wollen, dass engagierte Betriebe Fachkräfte ausbilden können. Wir wollen keine Gelder verschwenden.
- Wir fordern die Politik und die verantwortlichen Behörden auf allen Ebenen auf, den gegebenen Ermessensspielraum bei der Vergabe der Ausbildungserlaubnisse und Ausbildungsduldungen zugunsten der Geflüchteten zu nutzen. Wenn man einzig die Einleitung eines Passbeschaffungsverfahrens als Messlatte anlegt, führt dies zu einer restriktiven Form der Ermessensauslegung. Die Ermessensentscheidungen müssen auch soziale, wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Gesichtspunkte berücksichtigen! 🗣️

Leonie Neukamm/
Initiative für Ausbildungserlaubnisse

Na denn Prost!

„Arbeitsreif“ ist das Projekt der Diakonie Bamberg-Forchheim betitelt, das jetzt mit dem Inklusionspreis des Bezirks Unterfranken in der Kategorie „Arbeit“ ausgezeichnet wurde. Im Rahmen des Zeilberger Integrationsprojektes ZIP der Diakonie und in enger Kooperation mit dem Jobcenter Hassberge werden junge Menschen mit psychischen Erkrankungen auf eine Ausbildung und den Arbeitsmarkt vorbereitet.



„Viele junge Menschen sind mit den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt überfordert“, weiß Andrea Wolfer, die das ZIP leitet. „Die Qualitätsanforderungen der Berufswelt steigen. Mit diesem Anstieg nimmt auch die Zahl derer zu, die an solchen Hürden scheitern.“ Hinzu kämen noch schwierige Familienverhältnisse oder Drogenmissbrauch. „Wir haben im Zeilberger Integrationsprojekt die Möglichkeit, unsere Klient/-innen nicht nur in Sachen Arbeit zu unterstützen, sondern sie auch ambulant zu betreuen.“ Seit 2013 gibt es das Projekt „Arbeitsreif“, das das ZIP-Team in enger Abstimmung mit dem Jobcenter Hassberge durchführt. Ein speziell geschulter Casemanager begleitet dort die jungen Menschen. Bei der Diakonie Bamberg-Forchheim übernehmen neben den Hauptamtlichen auch ehrenamtliche Mitarbeitende die Begleitung der Klient/-innen. Von gesetzlichen Betreuer/-innen über Fachärzte bis hin zur Schuldnerberatung sind hier viele Einrichtungen und Expert/-innen einbezogen.“ Das ZIP bietet den jungen Menschen einen Ort, an dem sie Menschen in einem geschützten Rahmen begegnen können, sinnvolle Beschäftigung, aber auch bezahlte Arbeit finden und

sich gleichzeitig fachkundig begleitet wissen. Leiterin Andrea Wolfer und ihr Team ermöglichen ihnen sich wieder an einen geregelten Alltag zu gewöhnen, das Leben selbst in die Hand zu nehmen und den ersten Schritt in Richtung erster Arbeitsmarkt gehen. Den Rhythmus bestimmen die Klient/-innen – jeder oder jede, wie er oder sie kann. Dieser Ansatz hat Erfolg: „Durch die Förderung bei ‚Arbeitsreif‘ konnten vier junge Menschen eine reguläre Ausbildung beginnen, vier Teilnehmer haben wir in eine spezielle medizinisch-berufliche Rehabilitation weitergeleitet und für die Klient/-innen, die durch die vorliegenden Persönlichkeitsstörungen nicht in der Lage sind, auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bestehen, kämpfen wir für die Schaffung von geschützten passgenauen Nischenarbeitsplätzen.“ Solche Arbeitsplätze finden sich auch auf und rund um den Zeilberg. Hinter dem sehr sachlich klingenden Namen „Zeilberger Integrationsprojekt“ steckt Leben pur: ein Biergarten, ein Cateringservice, Raumvermietung, Gartenarbeiten, Entrümpelungsdienste, einfache Tätigkeiten in der Industriemontage, eine kleine Schreinerei und ein Team, das mit viel Herz, Tatkraft und Verstand Menschen jeglichen Alters betreut und begleitet, die psychisch erkrankt sind. Das I-Tüpfelchen auf dem Zeilberg bei Maroldsweisach ist der liebevoll eingerichtete Flohmarkt, in dem die Biergarten-Besucher/-innen auf Schatzsuche gehen können.

Um hier noch mehr Angebote schaffen zu können, wird kommenden Jahr die Gastronomie auf dem Zeilberg ausgebaut und auch inhaltlich erweitert. Ende Oktober hat der Steuerkreis der LAG Hassberge den Förderantrag der Diakonie und damit eine Unterstützung aus dem LEADER-Programm mit rund 65.000 Euro befürwortet. Begründung des Steuerkreises: Der Diakonie-Biergarten auf dem Zeilberg sei ein „Kleinod, das Potenzial hat“. (un)

Zertifikat für Herzogsägmühle

Ausgezeichnet

Als bundesweit erste Einrichtung der Diakonie wurde jetzt die Herzogsägmühle mit ihrer Bilanz zur Gemeinwohl-Ökonomie zertifiziert. Dem Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) zufolge soll nicht mehr der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens – gemessen mit der Finanzbilanz – den Zugang zum Kapitalmarkt und die Steuerlast bestimmen, sondern der ethische Erfolg – gemessen wird er mit der Gemeinwohl-Bilanz.

Diese gibt Auskunft über Fragen wie zum Beispiel: Wie sind die Arbeitsbedingungen gestaltet? Werden die Rechte und die Würde aller Mitarbeitenden gewahrt? Welche Emissionen verantwortet das Unternehmen? Wie regional ist der Einkauf gestaltet?

Kann ein Unternehmen nachweisen, dass es solche und weitere Fragen zu den Werten Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit und Transparenz betriebsintern sinnvoll bearbeitet hat, ist die Gemeinwohlbilanz gut – heute ein Argument im Marketing, später ein Vorteil bei der Besteuerung. Die GWÖ strebt so nach einem Wirtschaftssystem, das ethisches Verhalten belohnt und ausbeuterisches Verhalten ohne Rücksicht auf die Interessen der nachfolgenden Generationen gestaltetes unternehmerisches Handeln am Markt benachteiligt.

Der Prozess zur Erstellung der Bilanz in der Herzogsägmühle begann im Jahr 2014 mit der Schulung von 45 Verantwortlichen im System der GWÖ, begleitet durch die Evangelische Hochschule Nürnberg. Im Jahr 2015 entstand der Erstbericht als Entwurf, der wiederum durch die Mitarbeitenden kommentiert, verändert und überarbeitet und schließlich im Jahr 2016 veröffentlicht wurde. Am 1. März 2017 fand das externe Audit statt, durchgeführt von zwei Prüfern aus Südtirol und Wien. Mit einem Ergebnis von 428 Punkten (auf einer theoretisch möglichen Skala von minus 2.500 bis plus 1.000) ist dieser Bericht nun bestätigt und zertifiziert. Die Gemeinwohl-Bilanz ist auf der Homepage von Herzogsägmühle veröffentlicht und kann auch in gedruckter Form angefordert werden: www.herzogsaegmuehle.de

Perspektiven für Alle

Schon immer begleitet die Diakonie Bayern die Bundestagswahlen in Deutschland mit verschiedenen Aktionen. Meist handelt es sich um Fachtagungen, Wahlbausteine mit Forderungen und Briefe an Kandidat/-innen der verschiedenen Parteien. Im Rahmen dieser Aktionsformen sprachen wir, gemäß der anwaltschaftlichen Rolle, stellvertretend für die Belange der sozial Benachteiligten.



Diesmal wurde eine Aktion gewählt, die Menschen in schwierigen Lebenslagen die Möglichkeit zu geben sollte, für sich selbst zu sprechen. Wir wollten sie aktivieren und dazu motivieren, im Vorfeld der Bundestagswahl den Bundestagskandidatinnen und Kandidat/-innen in ihrem Wahlkreis ihre Anliegen zukommen zu lassen.

Zusätzlich sollte mit dieser Aktion der Entwicklung entgegen gewirkt werden, dass sich immer mehr Arme, Langzeitarbeitslose und Einkommensschwache ausgegrenzt fühlen und sich von demokratischen Prozessen, wie die Teilnahme an Wahlen abwenden, wenn diese nicht als hilfreich und auf die jeweilige Lebenssituation bezogen empfunden werden.

Die Umsetzung

Im Zeitraum vom 26. 06 bis 21. 07 konnten Klientinnen und Klienten der Beratungsstellen, Teilnehmer/-innen von Arbeitsmarktmaßnahmen sowie Kund/-innen von Gebrauchtgüterhäusern und Tafeln ausgelegte Postkarten mit vier grundsätzliche Forderungen unterschreiben und wählen, welche jeweilige Partei sie in dem Wahlkreis erhalten. Die ausgefüllten Karten wurden anschließend den jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten weitergeleitet und im Begleitschreiben um Rückmeldung an die Einrichtung gebeten. Die Forderungen waren:

- Arbeit statt Sanktionen
- Menschenwürdiges Existenzminimum
- bezahlbarer Wohnraum und
- Wertschätzung statt Ausgrenzung.

Das Bildmotiv der Postkarte wurde von einem Langzeitarbeitslosen entwickelt und die Forderungen mit den teilnehmenden Einrichtungen und Betroffenen abgestimmt.

Die Aktion in Zahlen

Es haben ca. 40 bayerische diakonische Einrichtungen und regionale Stellen des bayerischen Kirchlichen Dienstes in der Ar-

beitswelt in 23 Wahlkreisen teilgenommen. Bei den diakonischen Einrichtungen handelt es sich um die Beratungsstellen für Arbeitssuchende und Arbeitslose, die Beratungsstellen der Kirchlichen Allgemeinen Sozialarbeit und die sozialen Beschäftigungsbetriebe. Insgesamt wurden 161 Bundestagskandidatinnen und -kandidaten angeschrieben. Davon haben 51 eine Rückmeldung gegeben.

Reaktionen und Motivation der Betroffenen

Es wurden hauptsächlich Menschen angesprochen, die unsere Einrichtungen aufsuchen. Dies sind Arbeitslose, Sozialleistungsempfänger/-innen sowie Teilnehmer/-innen von Arbeitsmarktmaßnahmen und Kundinnen und Kunden von Gebrauchtgüterhäusern und Tafeln. In der Regel brauchte es viel Überzeugungsarbeit, damit die Betroffenen an der Aktion teilnehmen. Sie fanden die Aktion grundsätzlich gut, hatten aber bezüglich des tatsächlichen Nutzens Bedenken. Viele hatten Angst, ihren Namen und ihre Adresse anzugeben. Über die Gründe für diese Angst, kann nur spekuliert werden. Sie zeigt jedoch, wie sehr sich diese Menschen im Abseits empfinden. Bei den Gesprächen gaben viele an, sie gingen nicht wählen, weil sie frustriert seien und die Hoffnung aufgegeben hätten, die Politik interessiere sich auch für ihre Anliegen.

Reaktionen der Kandidatinnen und Kandidaten

In allen Rückmeldungen wurde die Aktion begrüßt. In einigen Schreiben wurde sehr viel Verständnis für die Betroffenen zum Ausdruck gebracht. Manche der Kandidatinnen und Kandidaten haben nicht nur der Einrichtung ihre Stellungnahme zu den Forderungen aus der Postkarte zukommen lassen, sondern auch persönlich den Kartenabsender/-innen geantwortet. Einige haben die teilnehmende Einrichtung persönlich besucht und Gespräche geführt, oder zumindest angeboten, im Gespräch zu bleiben.

Fazit

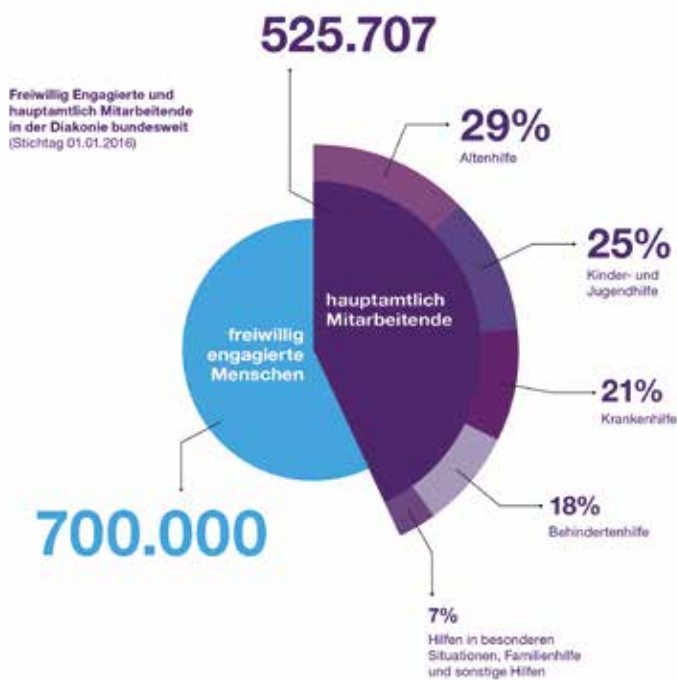
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass über das Ziel der Aktivierung der sozial Benachteiligten auch eine Aktivierung der Politiker vor Ort eingeleitet wurde. Möglicherweise ist eine Nähe zur örtlichen politischen Vertretung für Menschen, die sich von der Politik im Stich gelassen fühlen, nachvollziehbarer, als zum großen Ganzen in Berlin. Es hat sich auch gezeigt, dass es einer vertrauenswürdigen Institution bedarf, die diesen Menschen eine „Brücke“ baut, hin zu mehr gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe. Die Menschen haben gespürt, dass die Aktion für keine der Parteien „Partei ergreift“, sondern einzig für ihre Anliegen. Und: Politiker/-innen haben gespürt, dass sie auch an unserer Zielgruppe nicht mehr vorbeikommen.

[Eftymia Tsakiri, Referentin Hilfen für Arbeitslose
tsakiri@diakonie-bayern.de](mailto:tsakiri@diakonie-bayern.de)

500.000er-Grenze überschritten

Zahl der Diakonie-Mitarbeitenden steigt auf mehr als eine halbe Million

Nach der neuen Einrichtungsstatistik ist die Zahl der Mitarbeitenden der Diakonie auf mehr als 525.000 hauptamtliche Mitarbeitende gestiegen. 2016 gab es zudem 31.500 stationäre und ambulante Angebote für Pflege, Betreuung und Begleitung von Menschen mit knapp 1,15 Millionen Betten/Plätzen. Mehr als zehn Millionen Menschen nutzen jährlich die Angebote der Diakonie, 700.000 Ehrenamtliche unterstützen die Arbeit der Diakonie bundesweit.



Zu Beginn des Jahres 2014 waren der Diakonie bundesweit 30.093 Einrichtungen und Dienste mit insgesamt 1.051.124 Plätzen/Betten und 464.828 Mitarbeitenden angeschlossen. Der Vergleich etwa mit der Automobilindustrie macht deutlich, welche Rolle die Diakonie in Deutschland als Arbeitgeberin spielt: So arbeiten im Jahr 2014 bei den deutschen Automobilherstellern (ohne Zulieferer) 447.200 Beschäftigte – und somit deutlich weniger als beim zweitgrößten deutschen freien Wohlfahrtsträger.

Deutliches Wachstum auch in Bayern

Auch bei der bayerischen Diakonie hat die Zahl der Beschäftigten im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Die Zahl der Mitarbeitenden stieg von 89.120 auf 91.539 – ein Plus von über zwei Prozent. Umgerechnet in Vollzeitstellen ist die Entwicklung noch deutlicher: Ihre Zahl nahm von 2015 auf 2016 um über sechs Prozent zu – von 55.408 auf 59.038. Die Träger und Einrichtungen der bayerischen Diakonie erwirtschafteten allein in den entgeltfinanzierten Arbeitsbereichen einen Umsatz von 1.753 Milliarden Euro – 100 Millionen mehr als noch im Vorjahr.

Verbandsempfehlung der Bundesdiakonie

Für mehr Mitbestimmung in der Diakonie

Die Konferenz Diakonie und Entwicklung hat jetzt eine Verbandsempfehlung zur Unternehmensmitbestimmung verabschiedet. Damit will die Diakonie die unternehmerische Mitbestimmung ihrer Mitarbeitenden in den diakonischen Einrichtungen stärken. Die Verbandsempfehlung sieht vor, dass diakonische Einrichtungen ab einer Größe von 500 Mitarbeitenden diese durch eine Vertretung im Aufsichtsorgan an der Arbeit dieses Gremiums beteiligen – mit gleichen Rechten und Pflichten wie andere Aufsichtsratsmitglieder.

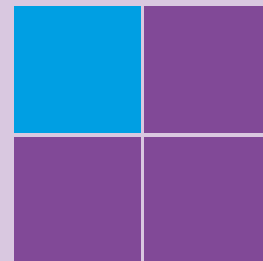
„Eine verantwortungsvolle, transparente und wirtschaftliche Unternehmensführung ist immens wichtig. Die Mitarbeitenden dabei zu beteiligen, ist gerade für die Diakonie vor dem Hintergrund unseres kooperativen und konsensorientierten Leitbildes naheliegend“, sagt Dr. Jörg Kruttschnitt, Vorstand Finanzen, Personal, Organisation, Recht und Wirtschaft der Diakonie Deutschland. „Die Setzung von Arbeitsrecht regeln wir bereits seit über 40 Jahren in einem Miteinander von Dienstnehmern und Dienstgebern, auf dem Dritten Weg. Noch länger existieren Regelungen für die betriebliche Mitbestimmung durch Mitarbeitervertretungen. Nun ist es also Zeit, die Mitarbeitenden auch auf unternehmerischer Seite zu beteiligen.“

In etlichen größeren diakonischen Einrichtungen werden den Mitarbeitervertretungen auf freiwilliger Basis bereits derartige Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt. Die Unternehmensmitbestimmung ist jedoch nicht einheitlich geregelt und daher recht

unterschiedlich ausgestaltet. Die neue Verbandsempfehlung zur Unternehmensmitbestimmung gibt den Einrichtungen nun eine Orientierung. Verpflichtend ist sie jedoch nicht. „Die Unternehmensmitbestimmung fördert letztlich die Wirtschaftlichkeit und verantwortungsvolle Führung unserer Mitgliedseinrichtungen“, betont Kruttschnitt.

Zum Hintergrund:

Für private Unternehmen ist Unternehmensmitbestimmung gesetzlich geregelt. Religionsgemeinschaften und ihre Einrichtungen – also auch alle Einrichtungen der Diakonie – sind von diesen Regelungen jedoch genauso ausgenommen wie weltliche Unternehmen und Organisationen, die unmittelbar oder überwiegend karitativen oder erzieherischen Bestimmungen dienen.



Die Diakonie in den sozialen Netzen

Willkommen zur Grillparty

Neu sind sie längst nicht mehr, aber dennoch: Für viele sind Netzwerke wie facebook oder instagram „Neuland“. Doch bei aller Kritik an diesen Plattformen: Sie sollten als normales Instrument im Kommunikationsmix verstanden und genutzt werden. Einige Anmerkungen dazu.

Just do it. Oder: Es geht nicht mehr ohne.

Kennen Sie einen Anbieter sozialer Arbeit, der ohne Website arbeitet? Der Internetauftritt ist heute eine Selbstverständlichkeit. Für die Sozialen Netze gilt das (noch) nicht. Obwohl die Nutzerzahlen und das veränderte Medienverhalten (seien Sie ehrlich: Sie haben das Handy doch auch erst vor wenigen Minuten aus der Hand gelegt) längst belegen, dass es nicht mehr ohne geht. Facebook, Instagram und twitter gehören in den Kommunikationsmix eines jeden, der im Sozialmarkt unterwegs ist – gleichberechtigt neben Web, Flyer und Pressemitteilung. Es mag Mühe machen und aufgrund der Offenheit – wirklich jede/r darf hier schließlich mitmachen – auch anstrengend sein. Die Vorteile überwiegen allerdings: Kostengünstig, schnell, niederschwellig und nah an den Zielgruppen. Wer noch nicht drin ist, sollte sich auf den Weg machen.

Das hohe C. Oder: Triff den richtigen Ton.

Man kann auch in facebook im Ton sozialpolitischer Dossiers und Stellungnahmen kommunizieren. Man kann es jedenfalls versuchen. Einzig: Dem Stil wird man damit ebenso wenig gerecht wie den Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer. Bleiben Sie kurz, bleiben Sie knackig, wenn es geht, versuchen Sie es mit Humor und Augenzwinkern. Schon klar: Das geht nicht immer. Aber muss das dann wirklich so klingen wie von einem Parteitag aus den Fünfziger Jahren? Und wenn es einen staatstragenden Text gibt, der zu Ihrem Post gehört, dann verlinken Sie auf ihn. Aber schreiben Sie ihn nicht einfach ab. Niemals. Bei twitter lassen es die 140 Zeichen zwar nicht zu, obwohl manche es schaffen, selbst hier Verbandssprech und Trägerdeutsch zu praktizieren. Und auch bei instagram, neben facebook und twitter das dritte wirklich relevante Netzwerk, wird das immer wieder versucht. Obwohl es bei instagram tatsächlich um etwas anderes geht: Um Bilder.

Ein Bild sagt mehr. Oder: Wahre Binsenweisheit

Alle Netzwerke arbeiten mittlerweile damit, facebook selbst bevorzugt bebilderte Posts. Also: Machen Sie Bilder. Versuchen Sie auch hier Originelles, verzichten Sie auf allzu bekannte Motive. Und es darf natürlich auch ein Handy-Bild sein. Ach ja: Rechte nicht vergessen. Abgebildete Personen befragt? Urheberrecht geklärt? Dann raus damit.



Die Sozialen Netzwerke kann man sich am besten als Grillparty vorstellen - mit Gastgeber/in, Gästen und jeder Menge Senf. Mehr dazu in den SocialMedia-Guidelines der Diakonie Bayern, herunterzuladen unter www.diakonie-bayern.de/

Lass die Puppen tanzen. Oder: Inhalte, die bewegen

Besser noch als Bilder: Videos. Die mag facebook noch lieber, und auch twitter und instagram verarbeiten sie. Dies bedeutet nicht, zum Produzenten bewegter Netzinhalte werden zu müssen. Aber bei besonders wichtigen Themen und Veranstaltungen mal ein kleiner Clip – warum nicht? Posten Sie die Filme bitte direkt im jeweiligen Netzwerk – ein Link auf einen YouTube-Film wird von facebook deutlich seltener ausgespielt. YouTube ist dennoch wichtig: Als Online-Videothek, in der Sie alle Ihre Werke sammeln (idealerweise in Playlists sortiert), und auf die Sie immer wieder verweisen können.

Hashtag Hashtag. Oder: Richtig verschlagworten

Der Hashtag – gemeint ist dieses Zeichen: # – unmittelbar gefolgt von einem Schlagwort, stellt sicher, dass Ihr Beitrag von Interessenten gefunden wird bzw. in den entsprechenden Suchlisten auftaucht. Faustregel: Nicht mehr als drei bei Twitter (zu viel gilt als Spam), bis zu 30 bei instagram.

Die Welt ist ein Dorf. Oder: Think local.

Natürlich arbeiten die Netzwerke international. Aber gerade Themen mit hohem Involvement (neudeutsch: „Beteiligung“) funktionieren besonders gut im lokalen Umfeld. Dies gilt für

Spendenaufrufe, aber – Achtung: Krisenpotenzial – für unangenehme Themen wie etwa die Unzufriedenheit mit einem Anbieter ambulanter Pflege. In den jeweiligen Facebook-Gruppen ist das in Nullkommanichts rum und wird rauf und runter diskutiert. Auch aus diesem Grund:

Just do it. Oder: Es geht wirklich nicht mehr ohne.

Sagte ich schon, dass die Sozialen Netzwerke längst ein Instrument der Regelkommunikation sind bzw. sein sollten? Na dann. Und wenn Sie wissen wollen, was die Diakonie Bayern in den

Sozialen Netzwerken so treibt: Wir freuen uns über Ihren Besuch.

www.facebook.com/DiakonieBayern
www.facebook.com/MeineDiakonie
www.twitter.com/DiakonieBayern
www.youtube.com/DiakonieBayern
www.instagram.com/MeineDiakonie

Daniel Wagner

Pressesprecher/Referent für Presse- und Medienarbeit
wagner@diakonie-bayern.de

Herausforderung:

Den Dritten Weg weiterhin mit Leben füllen

Die Arbeitsrechtliche Kommission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) hat sich im Oktober für die nächsten vier Jahre unter Leitung von Professor Dr. Hermann Reichold, dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, neu konstituiert. Für das erste Jahr der neuen Amtsperiode, die vom 1. Oktober 2017 bis 30. September 2021 dauert, wurden Oberkirchenrat Dr. Nikolaus Blum als Vorsitzender und Günter Popp als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Die Geschäftsführung übernehmen weiterhin Gerhard Berlig und als Stellvertreterin Myriam Marshall. Die Mitglieder im Ständigen Ausschuss der ARK wurden wiedergewählt, für eine Ausscheidende rückt ihr bisheriger Stellvertreter nach. Somit bleibt auch für die nächsten vier Jahre Kontinuität gewahrt.

„Von den Ergebnissen der Arbeitsrechtsetzung der ARK der letzten vier Jahre beeindruckt“ zeigte sich Professor Dr. Reichold, der die Sitzung bis zur Wahl des neuen Vorsitzenden leitete, in seinen einleitenden Worten. Insbesondere verwies er auf die Neufassung der kirchlichen Loyalitätsrichtlinien und die erste Schlichtungsverhandlung der ARK, die zur Einführung einer Altersteilzeitregelung insbesondere für schwerbehinderte Mitarbeitende und ihnen Gleichgestellte unter seiner Leitung im Jahr 2014 führte. Zuvor sei in Bayern noch nie ein Gang vor den Schlichtungsausschuss notwendig gewesen, betonte der Rechtsprofessor von der Universität Tübingen. Das unterstreiche die lösungsorientierte Konfliktfähigkeit der ARK.

Der neue Vorsitzende der Kommission, Oberkirchenrat Dr. Nikolaus Blum, führt in die neue Amtsperiode ein und betont „die große Bedeutung des Dritten Weges“, den es in der Kommission mit Leben zu füllen gelte: „Die jeweiligen Interessen müssen dabei vertreten werden. Auf der anderen Seite besteht die gemeinsame Aufgabe, sich auch inhaltlich über die Frage zu verständigen, was die kirchlichen Dienstverhältnisse gegenüber anderen Arbeitsverhältnissen ausmacht. Nur wenn dies inhaltlich begründet sei, gibt es einen tieferen Grund für den selbstständigen Dritten Weg auf einer gemeinsamen christlichen Basis.“



Fortbildungsangebote der Diakonie Bayern Jahresprogramm 2018 erschienen

Quadratisch, praktisch und über sechzig Seiten dick: Das Jahresprogramm 2018 der Diakonie. Kolllegs, der Fortbildungseinrichtung der Diakonie Bayern, kann ab sofort beim Landesverband der bayerischen Diakonie bestellt werden. Unterteilt in vier große Bereiche, finden sich darin über sechzig Fortbildungsangebote für Mitarbeitende von Kirche und Diakonie in Bayern.

Seminarangebote zum Selbstverständnis diakonischen Handelns finden sich darin ebenso wie Fortbildungen zum kirchlich-diakonischen Arbeitsrecht, zu Fragen der Personalführung, der Kommunikation, aber auch der Familienorientierung, Kreativität und Seelsorge.

Bestellt werden kann das Programmheft kostenfrei im Diakonie.Kolleg. unter 0911 - 93 54 411 bzw. online unter berning@diakonie-bayern.de (Frau Ingrid Berning). Weitere Informationen rund um das neue Programm finden sich selbstverständlich auch im Netz unter www.diakonie-bayern.de.



Fortbildungsangebot Öffentlichkeitsarbeit Fit für die Medien

Öffentlichkeitsarbeit für soziale Einrichtungen – aber wie? Wenn Sie diese Frage umtreibt, sind Sie hier richtig: Mit der Toolbox Kommunikation hat die Diakonie in Bayern ein Fortbildungspaket geschnürt, das sich gezielt an ihre Mitglieder wendet und sie in Presse-, Medien- und Onlinenkommunikation fit macht.

Das vollständige Programm der Toolbox findet sich im Internet unter www.diakonie-bayern.de/toolbox; hier können Sie sich auch bequem zu den Veranstaltungen anmelden. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass sich dieses Angebot an Mitarbeitende der Diakonie Bayern richtet; Ausnahmen sind nach Rücksprache möglich.

Hospiz-Ausstellung bis zum 30.11.2017 „Hier kann ich gehen“

„Hier kann ich gehen. Bilder vom Lebensende in Einrichtungen der Diakonie“, so heißt die Ausstellung des Diakonischen Werkes Bayern e. V. und ihrer Initiative End-of-life-Care, die noch bis 30. November 2017 in der Geschäftsstelle des Diakonischen Werkes Bayern in Nürnberg zu sehen ist.



Die 24 Fotos der Ausstellung von Wolfgang Noack sensibilisieren für das Thema „Tod und Sterben“ und machen auf die Einrichtungen und Dienste der Diakonie Bayern im Bereich der Hospizarbeit aufmerksam. Aufgenommen wurden die Bilder der Hospizgäste in Einrichtungen der bayerischen Diakonie.

Öffnungszeiten der Ausstellung

Mo - Fr 9.00 -12.00 Uhr

Mo - Do 13.30 -16.00 Uhr

im Diakonischen Werk Bayern e. V.

Pirckheimerstraße 6

90408 Nürnberg

Herausgeber:
Diakonisches Werk Bayern e. V.
Redaktion:
Fachgruppe Kommunikation
Pirckheimerstraße 6
90408 Nürnberg
Postfach 120320
90332 Nürnberg
Telefon: 0911 / 93 54-204
Telefax: 0911 / 93 54-215
Fotos: Diakonie Bayern, Nickel (3)
Druck: NovaDruck, Nürnberg

info@diakonie-bayern.de
www.diakonie-bayern.de
www.facebook.com/DiakonieBayern
www.twitter.com/DiakonieBayern
www.instagram.com/MeineDiakonie
Spendenhotline: 0800 700 50 80
(gebührenfrei aus dem deutschen Festnetz)
November 2017

Bitte beachten: Am Wochenende ist die Geschäftsstelle geschlossen. Besucherinnen und Besucher werden gebeten, sich an der Pforte zu melden. Der kostenfreie Katalog zur Ausstellung ist vor Ort erhältlich.